



Newsletter

Christian Piwarz

I/2013

Doppelhaushalt 2013/14 – solide, nachhaltig und investiv

Das parlamentarische Jahr 2012 im Sächsischen Landtag war, vor allem in der zweiten Hälfte, durch die Beratungen zum sächsischen Doppelhaushalt für 2013/14 geprägt. Es gab zahlreiche Befassungen in den einzelnen Facharbeitskreisen der CDU-Fraktion, Abstimmungen mit dem Koalitionspartner FDP, Beratungswochen im Haushalts- und Finanzausschuss und schließlich zwei Beratungstage im Plenum mit einer Gesamtlänge von über 24 Stunden. Der neue Landeshaushalt wurde am 13.12.2012 mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen.

solide da. Aber das darf die nicht dazu verleiten, zu große Ausgaben, gerade im konsumtiven Bereich, zu tätigen. Stattdessen müssen wir vorsorgen, um unser Land zukunftsfest zu machen.

Die Staatsregierung hat nach der Sommerpause einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der ohne neue Schulden auskommt. Vielmehr tilgt Sachsen jedes Jahr 75 Millionen Euro der alten Verbindlichkeiten. Der Freistaat ist damit, neben Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, eins von drei Bundesländern, welches eine konsequente und nachhaltige Haushaltspolitik betreibt.

Bestimmend ist im Haushalt das Thema Bildung. Fast ein Drittel der Ausgaben, insgesamt über 5 Milliarden Euro, werden in den Bildungs- und Forschungshaushalt fließen, soviel wie noch nie. Die Spannweite reicht dabei von der frühkindlichen Bildung, über die Qualitätsabsicherung in den Kindertagesstätten bis hin zur Sicherung des sächsischen Schulsystems, gerade in Fragen der Einstellung neuer Referendare und Lehrer. So wurde unter anderem das Bildungspaket um eine viertel Milliarde Euro auf 820 Millionen Euro aufgestockt. Inbegriffen ist auch die Absicherung des attraktiven Hochschulstandorts Sachsen mit seiner Exzellenzuniversität in Dresden.



Oberste Prämisse ist und bleibt für die CDU-Fraktion, keine neuen Schulden zu Lasten unserer Kinder und Enkel zu machen. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber in Zeiten vielerlei Wünsche und populistischer Versprechungen sind wir gut beraten, dies immer wieder als Maxime vor Augen zu führen. Denn auch wenn sich die Finanzlage im Freistaat Sachsen durchaus positiv darstellt, bleibt klar: Die Mittel aus dem Solidarpakt werden bis 2019 abgeschmolzen, der Umfang der EU-Förderung ab 2014 ist noch nicht bekannt und Sachsen ist gehalten, seine Ausgaben immer stärker aus eigenen Steuereinnahmen zu bestreiten.

Wichtig ist auch, dass der finanzielle Ausgleich zwischen Land und Kommunen auf sicherer Grundlage fortgeführt wird. Im Finanzausgleich stehen den Kommunen deutlich mehr Gelder zur Verfügung, insbesondere im investiven Bereich. Dies ist vor allem für den Haushalt der Landeshauptstadt Dresden von Bedeutung.

Die CDU-Fraktion hat sich in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Haushalt auseinander gesetzt. Dabei konnten wichtige Forderungen aus unseren Facharbeitskreisen umgesetzt werden.

Sicherlich ist die finanzielle Situation deutlich besser als bei der Aufstellung des letzten Doppelhaushaltes, der von erheblichen Kürzungen betroffen war. Sachsen steht finanziell

Für den Sport in Sachsen wird es auch deutlich mehr Geld geben. Neben der Förderung des Landessportbundes haben die Koalitionsfraktionen insbesondere die investive Sportförde-

Sächsischer Landtag: Geo Loge

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 49 62 525 542

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

rung deutlich erhöht. So wurden unter anderem die Fördermittel für kommunale und Vereinssportstätten von 12 auf 27 Mio. Euro erhöht. Dies ist ein deutliches Signal der Wertschätzung der überwiegend ehrenamtlichen Arbeit in den Vereinen. Ich freue mich besonders über dieses Signal.

Draufgesattelt haben CDU und FDP auch bei den Investitionen in Kitas sowie in die Sanierung kommunaler Straßen und Brücken. Ebenso wurden die Landesmittel für den ÖPNV erhöht.

Wichtig war aber auch, über den jetzigen Haushalt hinaus zu planen und die Förderung in bestimmten Bereich zu verstetigen. Deshalb wird für 2015 und 2016 ein Zukunftssicherungsfonds eingerichtet. Insbesondere aus den Steuermehreinnahmen erwirtschaftetes Geld legt der Freistaat schon jetzt zurück, um in der Folgezeit verlässlich Investitionsmittel zur

Verfügung zu stellen. Insgesamt werden pro Jahr 70 Mio. Euro veranschlagt, davon 50 Mio. Euro für den Schulhausbau und 10 Mio. Euro für Krankenhaussanierungen. Damit wird, insbesondere beim Schulhausbau, einem zentralen Wunsch der Stadt Dresden entgegen gekommen.

Zudem ist es den Dresdner Landtagsabgeordneten gelungen, dass weiterhin ausreichend Gelder zur weiteren Sanierung des Dresdner Residenzschlosses fließen. Damit kann, auch mit Unterstützung des Bundes, die Sanierung des Georgenbaus bis 2015 abgeschlossen werden.

Insgesamt hat der Sächsische Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP einen soliden Haushalt beschlossen, der den schwierigen Spagat zwischen dem politisch Gewünschten und dem finanziell Möglichen meistert.

Eintritt im Schloßpark Pillnitz - eine erste Bilanz

Seit knapp einem Jahr wird im Schloßpark Pillnitz Eintritt erhoben. Seitdem flammt die Diskussion auch immer wieder in der Öffentlichkeit auf, ob dies nun eine sinnvolle Maßnahme ist oder schlicht den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen soll. Insbesondere von Seiten der Gegner des Eintritts wird dem Freistaat Sachsen vorgeworfen, den eigenen Haushalt zu Lasten der Bürger zu schonen.

Nach einem knappen Jahr des Eintritts kann man nun eine erste vorsichtige Bilanz ziehen. Dabei helfen die Antworten der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage im Landtag. Demnach wurden im ersten Jahr rund 668.000 EUR durch Eintrittsgelder eingenommen. Dem standen laufende Kosten von 310.000 EUR gegenüber. Den von manchem erwarteten Einbruch bei



Die Ausgangslage sprach für sich: Aus dem Landeshaushalt konnte der Staatsbetrieb Schlösser und Gärten keine wesentlich erhöhten Zuschüsse erwarten. Wie in anderen Schlössern und Gärten stellte sich die Frage, einen Teil der Kosten auch durch Eintrittsgelder zu erwirtschaften. Hinzu kam ein über die Jahre aufgelaufener Sanierungs- und Investitionsbedarf, insbesondere bei den Parkanlagen.

den Besucherzahlen hat es nicht gegeben.

Der somit erwirtschaftete Erlös kommt direkt Schloß und Park Pillnitz zu gute. Wurden in der Vergangenheit aus Altersgründen ausgeschiedene Gärtner nicht durch Neueinstellungen kompensiert, konnten 2012 insgesamt vier junge Gärtner eingestellt werden, die vom Staatsbetrieb selbst ausgebildet

wurden. Weiterhin bereichert die Möglichkeit für ein Berufspraktikum oder für ein „Freiwilliges Jahr in der Gartenpflege“ das Stellenangebot. Ebenso wurden neue Arbeitsgeräte und Kleidung angeschafft.

Es ändert sich aber auch etwas in der Erscheinung des Schloßparks: Mit Hilfe hessischer Lehrlinge konnte die Instandsetzung des historischen Staudengartens angegangen werden. Mit den Eintrittsgeldern im Rücken konnte 2012 erstmals auch wieder die ehemals traditionsreiche Herbstbepflanzung durchgeführt werden. Insgesamt haben sich die Eintrittsgelder für Schloß und Park Pillnitz bislang bezahlt gemacht.

Es bleibt aber eine erste Bilanz nach einem knappen Jahr. Weitere Punkte müssen angegangen werden. Dazu zählt auch die Frage, ob weitere Zugänge zum Park beispielsweise durch die Ausstattung mit elektronischen Ticketlesern wieder geöffnet werden können. Es ist gut und richtig, dass auch dazu Gesprächsrunden zwischen Finanzministerium, dem Staatsbetrieb Schlösser und Gärten und der Bürgerinitiative in Pillnitz stattfinden.

Termine meiner Bürger-sprechstunden:

Dienstag, 19. Februar 2013,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Loschwitz

Dienstag, 7. März 2013,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Ortsamt Prohlis

Mittwoch, 27. März 2013,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
im Bürgerbüro (Pirnaer
Landstraße 202)

Neues aus dem Landtag

Dezember 2012:

Neben den zweitägigen Beratungen zum Doppelhaushalt 2013/14 hielt die insgesamt viertägige Plenarwoche im Dezember weitere Themen parat:

Extremismus keinen Raum geben – Demokratiefeinde entschlossen bekämpfen

In der aktuellen Debatte sprach sich CDU und FDP für eine stärker vernetzte Bekämpfung des Rechtsextremismus aus. Extremismus, egal ob von Rechts oder Links, gefährdet unsere Demokratie und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion in der Debatte die Entscheidung der Staatsregierung ein Operatives Abwehrzentrum (OAZ) zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Politisch motivierter Kriminalität einzurichten. Dies wird von Bernd Merbitz geleitet. Dadurch wird eine noch effektivere Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität im Freistaat Sachsen gewährleistet. Die Bekämpfung von Extremismus in unserer Gesellschaft ist dabei nicht nur eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Zugleich bedankte sich die CDU-Fraktion auch bei allen engagierten Bürgern, die sich gegen extremistische Tendenzen einsetzen.

Babyklappen und anonyme Geburten rechtssicher gestalten

Durch einen gemeinsamen Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen für eine gesetzliche Grundlage für Babyklappen und anonyme Geburten ausgesprochen. Seit zwölf Jahren bieten Babyklappen in Deutschland die Möglichkeit, Neugeborene anonym bei einer Institution abgegeben zu können, die das Kind anschließend versorgt. Zudem besteht in einigen Krankenhäusern die Möglichkeit, dass Frauen anonym unter ärztlicher Betreuung entbinden können. Seit der Einrichtung von Babyklappen wird intensiv über das Für und Wider dieser Möglichkeit der anonymen Kindesabgabe diskutiert. Einerseits sei das Recht der Kenntnis des Kindes auf eigene Herkunft verletzt. Andererseits geht es um das Kindeswohl. Durch diese anonyme Abgabe, kann das Kind vor einem möglichen schweren Schicksal oder sogar vor dem Tod bewahrt werden. Auch wenn rechtlich gesehen die Babyklappen illegal sind, weil sie gegen das Meldegesetz verstoßen, wird durch diese Einrichtung das Kindesleben gerettet. Auch auf Bundesebene bestehen Pläne für eine Gesetzesvorlage, nach der alle Beteiligten an anonymen Geburten, Kindesab- und -übergaben mehr Rechtssicherheit gewähren soll.

Bürokratie abbauen und Liquidität für Handwerker sichern – Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen!

Mit einem gemeinsamen Antrag haben sich die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP für einen verstärkten Bürokratieabbau und die Sicherung von Liquidität von Handwerkern ausgesprochen. In dem Antrag betonen die Fraktionen, dass die vorverlagerten Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen, die durch Unternehmen geleistet werden muss, eine Doppelbelastung für die mittelständischen Betriebe bedeute. Dadurch werden die Unternehmen unberechtigterweise ihrer Liquidität entzogen und mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand belastet.

Die frühere rot-grüne Bundesregierung hatte mit dem Rentenentlastungsgesetz 2005 beschlossen, ab 2006 die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge vorzuerlegen. Anstatt bis zum 15. des Folgemonats wurden Arbeitgeber verpflichtet, die Sozialversicherungsbeiträge bereits zum drittletzten Bankarbeitstag für den Folgemonat abzuführen. Damit sollte vor allem die Liquidität der gesetzlichen Rentenversicherung verbessert werden. Grund für die Einführung der Vorfälligkeit waren finanzielle Engpässe der gesetzlichen Rentenversicherung.

Gleichzeitig weisen die Sozialkassen derzeit eine Liquidität in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages auf. Durch die hohe finanzielle Rücklage der Sozialkassen ist es möglich, die Liquidität der Unternehmen zu erhöhen und den Verwaltungsaufwand zu senken.

Januar 2013:

300 Jahre Nachhaltigkeit – Jubiläum einer Idee aus Sachsen

Der erste Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung des Umweltministers zum Thema „300 Jahre Nachhaltigkeit im Freistaat Sachsen“. 1713 prägte der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz in seinem forstwirtschaftlichen Grundlagenwerk erstmals den Begriff der nachhaltenden Nutzung des Waldes. Was von Carlowitz vor 300 Jahren über Nachhaltigkeit sagte, hat heute umso mehr Gültigkeit. Vor allem sollten wir unseren Enkeln nicht die Chance nehmen, in 60 Jahren so zu leben, wie wir heute und darüber auch frei entscheiden zu können. In der Diskussion betonte die CDU-Fraktion, dass das Nachhaltigkeitsprinzip in vielen Bereichen wie beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft, in der Ökonomie aber auch in der Politik Anwendung findet. Mit dem aktuellen Doppelhaushalt zeigt der Freistaat Sachsen, was nachhaltige Politik im Finanzbereich bedeutet. Statt neue Schulden aufzunehmen, werden jährlich Verpflichtungen in Höhe von 75 Millionen getilgt und trotzdem die höchste Investitionsquote unter den deutschen Bundesländern erreicht.

Neuregelung für Waschanlagen an Sonntagen

Der Sächsische Landtag hat eine Neuregelung zur Neuregelung der Öffnungszeiten von Waschanlagen an Sonntagen beschlossen. Damit dürfen vollautomatische Autowaschanlagen, die gemeinsam mit Tankstellen betrieben werden, künftig an Sonntagen zwischen acht und 20 Uhr öffnen. Der Betrieb von Selbstwaschanlagen mit Hochdruckreinigungsgeräten bleibt bis zwölf Uhr untersagt. Autowaschanlagen in Gewerbe- und Industriegebieten dürfen künftig sonntags ebenfalls erst ab 12 Uhr öffnen.



In der Diskussion machte die CDU-Fraktion deutlich, dass bei der Neuregelung der Öffnungszeiten insbesondere die Vorgaben des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes zum Sonntagsschutz zu beachten sind. Mit dem neuen Gesetz wurde ein Kompromiss gefunden, der einerseits dem Gebot der Sonntagsruhe und der Berücksichtigung der Hauptgottesdienstzeiten und andererseits den Interessen von Waschanlagenbetreibern und Kunden Rechnung trägt. Durch die Neuregelung besteht zwar die Möglichkeit, sein Auto auch an Sonntagen zu waschen, aber jeder sollte sich überlegen, ob es nicht auch sinnvollere Tätigkeiten an diesem Tag gibt.

Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat Sachsen

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Sächsische Landtag die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Mit dem neuen Sächsischen Vergabegesetz wird der Mittelstand gestärkt und die Rechtssicherheit bei der Vergabe von öffent-

Sächsischer Landtag: Erik Donner

lichen Aufträgen verbessert. In dem neuen Gesetz wird unter anderem der sogenannte „Unterschwelgenrechtsschutz“ verbessert: Das bedeutet, dass ab einer deutlich niedrigeren Schwelle als bisher (bei Bauleistungen ab 75.000 Euro statt 150.000 Euro) Widersprüche innerhalb von zehn Tagen geprüft werden können. Künftig erfolgt unbürokratischer der Nachweis der Eignung des Bieters. Anders als bisher sollen nur noch die Unterlagen und Angaben gefordert sein, die durch den Auftrag gerechtfertigt sind. Zudem können die vielen Einzelnachweise nun durch eine eigene wahrheitsgemäße Erklärung ersetzt werden.

Das bedeutet eine geringere Gefahr von Formfehlern, weniger Prüfaufwand, Zeit- und Kostenersparnis für Verwaltung und Unternehmen. Zusätzlich wurden die gerade für kleine und mittlere ortsansässige Betriebe besonders interessanten freihändigen Vergaben einheitlich auf 25.000 Euro hochgesetzt, was zu mehr Flexibilität und weniger Bürokratie führt. Schulbücher dürfen nun erstmals generell unterhalb der EU-Schwelle freihändig vergeben werden, da diese ohnehin der Buchpreisbindung unterliegen. Eine weitere Neuregelung ist der Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften bis zu einem Auftragswert von 250.000 Euro. Tarifliche Regelungen werden durch das Vergabegesetz ausdrücklich nicht berücksichtigt. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sind Vorgaben zur Entlohnung klar vergabefremde Kriterien und müssen weiterhin durch die Tarifpartner geregelt werden.

Änderung der Rechtsform der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek (SLUB)

Die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek (SLUB) soll in einen Staatsbetrieb umgewandelt werden. Ein entsprechender Antrag wurde durch die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP in den Sächsischen Landtag eingebracht und beschlossen. Die neue Rechtsform soll zum 1. Januar 2014 in Kraft treten. Mit der Umwandlung in einen Staatsbetrieb soll die Sächsische Landesbibliothek – Staats und Universitätsbibliothek flexibler und nutzerfreundlicher werden. Gleichzeitig kann sie besser auf die Anforderungen an eine moderne Bildungs-, Service- und Wissenschaftseinrichtung reagieren. Neben der Gründung eines Staatsbetriebes sollen durch den Koalitionsantrag die Service- und Koordinierungsaufgaben für die Bibliotheken in Sachsen sowie die Neufassung der Ablieferungspflicht von Medienwerken durch Verleger und Herausgeber an die SLUB (Pflichtexemplare) gesetzlich geregelt werden.

Aktionsplan Kinder- und Jugendübernachtungsstätten in Sachsen – qualitative und investive Entwicklung sicherstellen

Mit dem gemeinsamen Antrag wollen die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP die qualitative und investive Ent-

wicklung von Kinder und Jugendübernachtungsstätten im Freistaat Sachsen sicherstellen und deren Bedeutung herausstellen. Um den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, sollen die Kinder- und Jugendübernachtungsstätten als außerschulische Lernorte und überörtliche Stätten der Jugendarbeit aufgewertet werden, um deren künftige Entwicklung zu unterstützen. Bereits heute bieten sächsische Kinder- und Jugendübernachtungsstätten ein umfangreiches und vielfältiges Angebot. Dabei sollen die attraktiven Angebote in Sachsen noch besser unter Lehrern, Schülern und Eltern bekannt gemacht werden. Außerdem sollen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter besser zugänglich gemacht werden.

CDU vor Ort - die Ortsverbände im Wahlkreis

CDU Dresdner Südosten

Vorsitzender: Mario Schmidt
Email: mario.schmidt@cdunet.de
Homepage: <http://www.cdu-dresden.de/dresdner-suedosten/>

CDU Leuben/Laubegast

Vorsitzender: Dr. Martin Kuhrau
Homepage: <http://www.cdu-dresden.de/leuben-laubegast/>

CDU Loschwitz/Weißer Hirsch

Vorsitzender: Christian Piwarz MdL
Email: christian.piwarz@slt.sachsen.de
Homepage: <http://www.cdu-dresden.de/loschwitz-weisser-hirsch/>

CDU Schönfeld/Weißig

Vorsitzender: Dr. Hans Joachim Brauns
Homepage: <http://www.cdu-schoenfelder-hochland.de>

CDU Zschachwitz

Vorsitzender: Alexander Liebing
Email: info@cdu-zschachwitz.de
Homepage: www.cdu-zschachwitz.de

weitere Infos zur CDU Dresden finden Sie unter
www.cdu-dresden.de

Die Ortsverbände Leuben/Laubegast, Loschwitz/Weißer Hirsch und Zschachwitz finden Sie auch bei Facebook.